

Sinkende Inflation im Euroraum, Reform des Unterhaltsrechts?, Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel

Sinkende Inflation im Euroraum

Nach Einschätzung von Finanzmarktexperten dürfte die Inflationsrate im Euroraum noch Jahre über dem Ziel der Europäischen Zentralbank liegen. Die Inflationserwartungen der Fachleute sinken aber erstmals seit langem spürbar, wie eine Umfrage des Mannheimer Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW zeigt. Dennoch bleiben die Inflationserwartungen auf hohem Niveau. Die Inflationsraten im Euroraum dürften über dem Zwei-Prozent-Ziel der EZB liegen. Die Finanzmarktexperten erwarten laut Umfrage Inflationsraten von im Schnitt 5,5 Prozent, 3,3 Prozent und 2,5 Prozent für die Jahre 2023, 2024 und 2025. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Reform des Unterhaltsrechts?

Mit einer Reform des Unterhaltsrechts will Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) mitbetreuende Eltern entlasten. Buschmann beabsichtigt, in den nächsten Tagen Eckpunkte vorzulegen, ein Gesetzentwurf soll nach Möglichkeit zeitnah erfolgen. Die Reform werde besonders Trennungsfamilien betreffen, in denen sich zwar ein Elternteil hauptsächlich um die Betreuung kümmere, der andere Elternteil sich aber auch zu 30 oder 40 Prozent einbringe. Der Minister führe ein Rechenbeispiel an, in dem der mitbetreuende Vater 4000 Euro im Monat verdient, die hauptbetreuende Mutter 2000 Euro, und der Vater 40 Prozent der Erziehungsleistung

übernimmt. In diesem Fall zahle der Vater bisher mit großer Wahrscheinlichkeit mehr als 500 Euro Unterhalt. Nach neuen Plänen wären es dann etwas mehr als 400 Euro. Auf Änderungen im Unterhaltsrecht hatten sich SPD, Grüne und FDP auch in ihrem Koalitionsvertrag verständigt. ([Spiegel Online](#))

Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel

Bundesernährungsminister Cem Özdemir (Grüne) hatte strikte Einschränkungen der Werbung für ungesunde Lebensmittel vorgeschlagen, um Kinder vor falscher Ernährung zu schützen. Vorgesehen war etwa ein weitreichendes Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel im Fernsehen und im Internet. Die FDP sowie die Ernährungs- und Werbeindustrie kritisierten die Pläne, Özdemir schwächte seinen Vorschlag daraufhin ab und kürzte etwa die Verbotszeiten. Aus diesem Grund haben 61 Organisationen aus Wissenschaft, Verbraucher- und Kinderschutz die FDP für ihre Haltung im Streit um ein geplantes Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel kritisiert. Werbung beeinflusse nachweislich das Kauf- und Essverhalten und beeinträchtige somit die Möglichkeit, freie Entscheidungen zu treffen. ([Der Tagesspiegel](#))